



WIRTSCHAFT UND BESCHÄFTIGUNG IN EUROPA STÄRKEN

Eine starke Europäische Union ist heute wichtiger denn je. Nur gemeinsam werden wir in Europa die großen Veränderungsprozesse unserer Zeit gestalten können. Und nur, wenn die EU mit einer Stimme spricht, werden wir auf Augenhöhe mit den USA oder China agieren und unsere Werte und Vorstellungen auf internationaler Ebene erfolgreich vertreten können. Gleichzeitig müssen wir in der EU auch nach innen hin denken, die das europäische Einigungsprojekt in Frage stellen, geeint entgegentreten. Dafür müssen wir dafür sorgen, dass das Wohlstandsversprechen für alle Bürgerinnen und Bürger der EU auch in Zukunft weiter gilt. Das gelingt nur mit einer starken europäischen Wirtschaft in einem funktionierenden Binnenmarkt.

Die EU ist der größte Wirtschaftsraum der Welt – versehen mit den weltweit höchsten Sozialstandards: Mit nur 7 Prozent der Weltbevölkerung und 22 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts geben die Mitgliedstaaten 40 Prozent der weltweiten Ausgaben für soziale Sicherung aus. Unser durchschnittlicher Lebensstandard zählt zu den höchsten weltweit. Damit das so bleibt, brauchen wir in Europa wettbewerbsfähige, innovative Unternehmen und ausreichend qualifizierte Fachkräfte, die Wachstum und Wohlstand schaffen. Denn ein sozial starkes Europa können wir nur auf Grundlage wirtschaftlichen Erfolgs finanzieren. Darauf muss der Fokus der europäischen Politik liegen. ►



Solide Finanzen gewährleisten

Zur Abmilderung der Auswirkungen der Pandemie hat die EU mit dem Programm „Next Generation EU“ und der Aktivierung der Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts angemessene Maßnahmen getroffen. Dabei hat die EU-Kommission richtigerweise klargestellt, dass die gemeinsame Schuldenaufnahme und Sonderregeln nur zielgerichtet und zeitlich begrenzt erfolgen sollen. Allein tragfähige Staatsfinanzen sorgen für genügend Handlungsspielraum in Krisensituationen. Vor diesem Hintergrund sollte sich die Bundesregierung für die Einhaltung der Fiskalregeln einsetzen. Die Pandemie hat bewiesen, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt bereits jetzt flexibel genug ist, um schnell auf Krisen reagieren zu können. Generationengerechte Staatsfinanzen in Deutschland und Europa sind entscheidend für die Zukunft.



Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme: die Kirche im Dorf lassen

Das Ziel starker Arbeitsmärkte eint Europa – die Wege dorthin dürfen aber nicht zentral vorgegeben werden. Die Bundespolitik muss hier weiter die entscheidende Rolle spielen. Wir wollen die Vielfalt der Arbeitsmärkte erhalten und die Sozialsysteme weiter in den Mitgliedstaaten gestalten. Deshalb liegt die Sozialpolitik laut Art. 153 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU zu Recht in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten: Die EU „unterstützt und ergänzt“ lediglich in genau festgelegten Bereichen. Die detaillierten Vorstellungen der EU-Kommission zur Europäischen Säule sozialer Rechte und etwa die Mindestlöhne-Richtlinie drohen eine gut überlegte Balance zwischen den Kompetenzen der EU und denen ihrer Mitgliedstaaten zu kippen.



Entsendungen unbürokratisch gestalten

Im Jahr 2018 wurden etwa 400.000 Beschäftigte aus Deutschland in andere Mitgliedstaaten entsandt, knapp 430.000 kamen nach Deutschland. Die geltende Entsenderichtlinie sorgt durch viele bürokratische Hürden und Eingriffe in die jeweiligen Vergütungssysteme für einen fragmentierten Binnenmarkt und enorme Belastungen von Unternehmen. Das bestehende Entsendesystem in der EU braucht deshalb dringend eine Neuaufstellung.



Europa im Alltag erleichtern

Die unterschiedlichen nationalen Vorschriften zur Vorlage von A1-Bescheinigungen (Sozialversicherungsnachweis für Mitarbeitende, die im EU-Ausland tätig sind) verursachen erhebliche Rechtsunsicherheiten bei Beschäftigten und Unternehmen. Dienstreisen und kurzfristige Entsendungen in fast allen Sektoren müssen so schnell wie möglich von der Pflicht zur Beantragung einer A1-Bescheinigung ausgenommen werden.



Auch Europa darf einfacher werden

Die EU muss ähnlich wie Deutschland durch ein One-in-one-out-Prinzip sicherstellen, dass Unternehmen und Beschäftigte nicht immer stärker durch Bürokratie belastet werden. Unternehmen müssen sich gerade in Krisenzeiten auf das Wesentliche konzentrieren können. Wenn durch neue Regulierung neue Belastungen eingeführt werden, sind Belastungen an anderer Stelle abzubauen. Diese Bürokratiebremse sollte für alle EU-Politikbereiche verankert werden.



Miteinander sprechen, nicht übereinander

Die Sozialpartnerschaft ist in der EU genau wie in Deutschland eine zentrale Säule unseres Wirtschaftsmodells. Der Europäische Soziale Dialog ist ein wirkungsvolles Instrument, um die europäische Sozialpolitik aktiv mitzugestalten und einen Beitrag zur EU-Integration zu leisten. Ziel der deutschen Bundesregierung muss es auch in Zukunft sein, die Rolle der Sozialpartner europaweit zu stärken und den Sozialen Dialog noch besser zu fördern. Deshalb muss verhindert werden, dass die EU-Institutionen immer wieder in den Sozialen Dialog eingreifen. Gleichzeitig gilt es, die Sozialpartnerschaft gerade in denjenigen Mitgliedstaaten zu stärken, in denen der Soziale Dialog bisher noch wenig verankert ist.



Fachkräftezuwanderung in die EU vereinfachen

Allein inländische und europäische Arbeitskräfte können den Fachkräftemangel nicht kompensieren. Europa braucht Zuwanderung durch akademisch und beruflich qualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten: Die „Green Card“ der USA ist weltweit bekannt – die „Blue Card“ der EU muss ähnlich attraktiv werden. Zudem müssen die bestehenden Wege zur Zuwanderung in die Arbeitsmärkte der Mitgliedstaaten transparenter gemacht und die Verfahren vereinfacht und beschleunigt werden.